Nummer 442

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9 gespaltene Zeile 1.50 Mk., Reklamezeile 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Montag, 29. September 1919

Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Einzelpreis 15 Pf.

Das vervollständigte Kabinett.

Wegen des Wiedereintritts der Demokraten findet heute nachmittag 3 Uhr eine Besprechung der Regierung mit den in Frage kommenden Parteien statt.

In dieser Besprechung werden zum ersten Male die bisher anscheinend nur in mehr unverbindlicher Form zwischen den drei Parteien behandelten Bedingungen offiziell unterbreitet werden, die die Demokraten an ihren eventuellen Eintritt in die Regierung knüpfen dürften. Da die „Germania" bereits erklärt hat, daß diese Forderungen nicht über das Hinausgingen, was auch die andern beiden Parteien als „unabweislich" erachten, sollte man eigentlich annehmen, daß sich hinsichtlich des demokratischen Programms keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten. Andererseits darf man aber auch glauben, daß über die Verteilung der Posten in der Regierung schon alles wirklich Wesentliche besprochen worden ist, sodaß zu erwarten ist, daß die Sitzung das Problem entscheidend der Lösung entgegenführt. Dann werde Reichskanzler Bauer auf Grund ihrer Ergebnisse noch heute an den Reichspräsidenten mit bestimmten Vorschlägen herantreten können.

Eine deutsche Note über die Ludwigshafener Vorgänge.

Berlin, 29. September.

Bei den Unruhen in Ludwigshafen war, wie erinnerlich, in der Nacht vom 28. zum 29. August eine französische Patrouille in das Hauptpostamt eingedrungen und hat dort den Postverwalter See sowie den Briefträger Fund erschossen und einen weiteren Beamten, den Packmeister Groß, schwer verwundet. Die deutsche Regierung hat aus diesem Anlaß der französischen Regierung eine Note überreicht, in der sie der Erwartung Ausdruck gibt, daß französischerseits eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet worden ist, und um Mitteilung der gegen die Schuldigen getroffenen Maßnahmen ersucht. Zugleich beantragt die deutsche Regierung, daß die beiden ihrer Ernährer beraubten Familien eine angemessene Entschädigung erhalten und daß der verwundete Beamte durch Ersatz der Kurkosten schadlos gehalten wird.

Tanger.

Nicht ohne Berechnung hat die Entente manche Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ungenau und vieldeutig gefaßt, um einer eigenen Bindung durch den Vertrag nach Möglichkeit auszuweichen. Es mag dahingestellt bleiben, ob Frankreich mit wohlüberlegter Absicht in dem Abschnitte, der Marokko behandelt, nur von Marokko schlechthin spricht; die chauvinistische Presse in Paris zieht jedenfalls aus dieser Ungenauigkeit des Ausdrucks unbedenklich den abenteuerlichen Schluß, auch Spanien könne sich auf die Bestimmungen dieses Abschnittes berufen, die sich ja auch auf Spanisch-Marokko bezögen. In ihrem nie erlahmenden Ausdehnungsdrange wollen die französischen Kolonial-Chauvinisten den Versuch wagen, Spanien dazu zu überreden, aus einem Vertrage Rechte herzuleiten, den es selbst nicht geschlossen und an dessen Vereinbarungen es keinerlei Anteil genommen hat. Diese auf den ersten Blick für Spanien günstige Interpretation durch Stimmen aus dem sonst eifersüchtigen Nachbarlande muß Spaniens Leiter nachdenklich stimmen. Und wohin es führen würde, wenn sie den Lockungen nachgeben, um aus dem Vertrage zwischen den Kriegführenden materielle Rechte für sich, als bisher Neutralen, in Anspruch zu nehmen, geht nur zu deutlich aus Pariser Preßäußerungen hervor. Im „Rappel" vom 16. August 1919 wird mit diesen Worten gefordert, Frankreich müsse sich in den Besitz von Tanger setzen, da es diesen so günstig gelegenen Hafen als solide Basis zur völligen Durchführung seiner umfassenden afrikanischen Pläne nicht entbehren könne. Casablanca und Rabat seien nur Verlegenheitsstützpunkte gewesen, die unter dem Drucke des deutschen Ehrgeizes kaute de mieux hätten gewählt werden müssen. Aus dieser Forderung ergibt sich sofort eine zweite: Auch das spanische Hinterland müsse in französischen Besitz gelangen, da Tanger sonst wertlos sei. Die Zumutung, Spanien solle — und werde einsichtigerweise — seinen Besitz längs der Linie Tanger–Fez und an der atlantischen Küste aufgeben, wird durch ein Ablenken der spanischen Ambitionen auf Gibraltar zu verführen versucht. Englands Zustimmung zu dieser Neuregelung des Besitzstandes an der Meerenge könne Spanien sicher sein, denn der Krieg habe die Wertlosigkeit Gibraltars für England erwiesen. Frankreich allein habe die Fähigkeiten und Machtmittel, um von Tanger aus zum Schutz der Lebensinteressen aller Drei dem wieder erwachenden deutschen Ehrgeize den Weg nach Marokko zu verlegen. So malt sich dem brennenden Ehrgeize des Franzosen die Neuregelung am einzigen Zugange zum Mittelländischen Meere.

Soviel ist sicher, geht Spanien auf die französischen Lockungen ein, und duldet es die Beseitigung der Internationalität Tangers als Entgelt für die ihm im Vertrage von Versailles angeblich eingeräumten Rechte, dann ist eine gefährliche Bresche in den spanischen Besitzstand auf afrikanischem Boden gelegt und bald wird Frankreichs begehrliche Hand über Tanger hinausgreifen.

Der Kronrat über Fiume.

Giolitti für verstärkte Annexion.

TU Lugano, 29. September.

Die allgemeine Ansicht im italienischen Kronrat war die, daß die Fiumefrage ein rasches Handeln verlange. Über die Art, wie die Frage gelöst werden müsse, könne kein Zweifel bestehen. Giolitti i hat sich offen für die Ersetzung der freiwilligen Truppen d'Annunzios durch reguläre italienische Truppen ausgesprochen, was einer verstärkten Annexion gleichkäme. Die Vertreter der anderen Parteien, vor allem der Nationalist Pedrazzi, der Republikaner Barzilai, Brede von der katholischen Volkspartei und der Reformsozialist Bissolati sprachen sich ebenfalls offen für eine Annexion durch ein königliches Dekret aus.

Die Stimmung in Fiume.

Bern, 29. September.

Italienische Blätter berichten, daß d'Annunzio lieber mit einem neuen Kabinett verhandeln würde.

Bezeichnend für die Stimmung in Fiume ist die Tatsache, daß die Offiziere der Freiwilligenkorps bemüht sind, den verschiedenen Äußerungen d'Annunzios jeden offensiven Charakter abzusprechen. Sie seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und nur durch Indiskretion bekannt geworden, so zum Beispiel die Proklamation an die Venetianer. Die für die Befreiung kämpfenden Italiener seien zwar Gegner des Kabinetts Nitti und der gegenwärtigen Regierung, aber auch ebenso Gegner der Unordnung im Heer und im Lande.

Ein Dementi d'Annunzios.

TU Lugano, 29. September.

Der „Popolo d'Italia" dementiert in aller Form das Gerücht, wonach d'Annunzio den Befehl zur Besetzung der dalmatinischen Städte erteilt habe. Diese Gerüchte seien von der italienischen Regierung ausgestreut, um d'Annunzio weiterhin zu diskreditieren.

Wilson der oberste Schiedsrichter.

Tittonis Kammerrede.

Rom, 28. September.

Agenzia Stefani.

Tittoni machte gestern in der Kammer die erwarteten Ausführungen über die allgemeine Lage und über die Friedensverträge mit Deutschland und Österreich. Er führte aus: Bei Ende des Krieges hoffte man, daß der Sieg die Anerkennung unserer Ansprüche im Ausmaß der von uns gebrachten Opfer bringen würde. Aber das Gegenteil trat ein. Die italienischen Delegierten mußten täglich ringen, um nur einen Teil des nationalen Programms zu verwirklichen. Die Ereignisse in Ungarn, Rumänien, Oberschlesien und anderwärts hatten die Friedenskonferenz gegenüber, von ihrem Hauptziel, die Friedensverträge abzuschließen, abzugehen. Die Konferenz mußte die Mission übernehmen, Europa zu lenken, und es ist nicht abzusehen, wann sie diese schwierige Tätigkeit einstellen kann.

Weiter erinnerte der Minister daran, daß es bei der Kundgebung des Präsidenten Wilson im November 1916 klar war, daß er zum Schiedsrichter berufen würde. Nach der Intervention der Vereinigten Staaten wurde seine Rolle als Schiedsrichter ausgeprägter. Seit dem 27. Juli 1917 war unser Ministerium des Äußern davon informiert, daß künftighin in England Präsident Wilson als oberster Schiedsrichter, sei es für die Fortsetzung des Krieges, sei es für Festsetzung der Friedensbedingungen, gelte. Einige unserer diplomatischen Vertreter mochten die italienische Regierung darauf aufmerksam, daß es notwendig wäre, unverzüglich hinsichtlich unserer nationalen Ansprüche uns die Unterstützung Wilsons zu sichern. Im Januar 1918 hat Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß erklärt, daß er die abgeschlossenen geheimen Verträge nicht anerkenne. Folglich müsse dem Londoner Akt jeder Wert abgesprochen werden. Ferner verkündete er seine 14 Punkte, in denen man schon die Möglichkeit der Entstehung eines Mißverständnisses mit Italien sah. Im Jahre 1919, als nach den Erklärungen Lansings im amerikanischen Senat Wilson den genauen Wortlaut des Londoner Abkommens erhielt, war es schon zu spät.

Wilson wurde der oberste Schiedsrichter, nicht nur weil der Eingriff Amerikas den letzten Impuls zum Sieg gegeben hat, sondern auch wegen der Tatsache, daß Europa in der Nahrungsmittelfrage die Unterstützung Amerikas nicht entbehren kann. Eine Hauptbedingung, um Amerikas Kredit zu erhalten, ist, daß die internationale Lage so gestaltet wird und zwar definitiv, daß dadurch eine lange Friedenszeit gewährleistet wird. Am 17. Januar wurde unter Zustimmung der italienischen Delegation beschlossen, daß Beschlüsse der Friedenskonferenz einstimmig gefaßt werden müßten. Folglich konnte eine für uns günstige Stimmabgabe seitens Englands und Frankreichs für uns keinen Wert haben, denn die Stimme Amerikas fehlte. In einer Sitzung der Konferenz hatte sich Wilson neuerdings dahin ausgesprochen, daß es sich nicht nur um eine Unterhaltung zwischen Italien, England und Frankreich handle, daß Amerika vielmehr das Recht zustehe, den ihm gebührigen Platz einzunehmen und die adriatische Frage in einer Weise zu behandeln, daß Amerika dem Londoner Pakt in keiner Weise Rechnung zu tragen brauche.

Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Nationalisten.

Bern, 29. September.

Nach der gestrigen römischen Kammersitzung kam es im Café d'Aragno in Rom zu einer wahren Schlacht zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die beiden Parteien schlugen unter den Rufen „Es lebe Lenin" bzw. „Es lebe d'Annunzio" aufeinander los, wobei die Einrichtungsgegenstände des bekannten Cafes als Waffen dienten. Nur mit Mühe konnte die Polizei die Ordnung wiederherstellen.

Lahmlegung des Verkehrs zwischen England und Frankreich.

Havasmeldung.

Der Verkehr zwischen Frankreich und England ist desorganisiert. Nach der „Daily Mail" mußten 200 Reisende, die über Dieppe nach England reisen wollten, in Dieppe zurückbleiben, weil der Dampferverkehr zwischen Dieppe und Newhaven unterbrochen ist.

Maßnahmen der englischen Regierung.

Amsterdam, 29. September.

Einer Radiomeldung zufolge berichten die englischen Blätter, daß die englische Regierung große Vorbereitungen getroffen habe, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Es bestehe die Absicht, den Hyde-Park abzusperren und dort einen Automobilpark und die Hauptverteilungsstelle für Lebensmittel in London einzurichten. 25 000 Chauffeure haben sich freiwillig gemeldet. Marschall Haig hatte am Sonnabend eine lange Unterredung mit dem Transportminister Sir Eric Geddes.

Unterbrechung der Kriegsgefangenentransporte aus England.

Hamburg, 28. September.

Die Marineschiffsbesichtigungskommission teilt mit:

Auf Grund eines aus London plötzlich erfolgten Befehls hat die englische Marinekommandantur auf dem Kreuzer „Conventry" in Hamburg die deutsche Behörde ersucht, die zum Rücktransport unserer Kriegsgefangenen in England bestimmten Dampfer zurückzuhalten. Der Grund für diese Anordnung ist der englischen Marinekommandantur nicht bekannt. Nach ihrer Ansicht wird diese Verzögerung nur von kurzer Zeit sein. Die beiden am Sonnabend aus Hamburg ausgelaufenen Dampfer „Villareal" und „Melilla" sind daher in Cuxhaven vor Anker gegangen.

*

Wahrscheinlich hängt die Zurückhaltung der Gefangenentransporte von ihrer Englandfahrt mit dem infolge des Eisenbahnerstreiks in England entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere der Unmöglichkeit eines Eisenbahntransportes für die Gefangenen zusammen.

Botschafter Grey.

Amsterdam, 29. September.

Das Reutersche Bureau meldet aus New-York, daß Grey dort eingetroffen ist. Er erklärte, er habe den Botschafterposten angenommen, um das gute Verhältnis zwischen Amerika und Großbritannien zu fördern. Dieses gute Verhältnis werde hoffentlich das eine große Element der Sicherung sein, das zu einem besseren internationalen Verhältnis auf größtmöglicher Grundlage führen werde.

Kleine Nachrichten.

Im November wird das Generalstabswerk über den Weltkrieg erscheinen. Sein Titel lautet: „Die Schlachten und Gefechte des Großen Krieges 1914–1918, Quellenwerk nach den amtlichen Bezeichnungen herausgegeben vom Großen Generalstab".

*

Die in der Presse verbreitete Nachricht, dem Grafen Bernstorff sei das Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes angeboten, von ihm aber abgelehnt worden, ist, wie wir an amtlicher Stelle erfahren, falsch.

*

Die Warschauer Blätter bezeichnen die von der „Narodni Politika" gebrachte Meldung, wonach die Entente die Auslieferung des Finanzministers Bilinski verlangt hat, als ein grundloses und böswilliges Gerücht.

*

Die Militärmission der Entente bereitet ihre Abreise aus Wien vor. Es werden nur politische Vertretungen in Oesterreich zurückbleiben, die sich u. a. mit der Herbeischaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande beschäftigen werden.

*

In Budapest sind mit dem heutigen Tage wieder alle Zeitungen erschienen.

*

Die lettländische Regierung hat die Mobilisierung aller in den Jahren 1892 bis 1900 Geborenen anbefohlen.

*

Die Dorpater Konferenz ist auf den 29. September verlegt worden; Finnland wird offiziell teilnehmen.

*

Die japanische Regierung hat nunmehr der Regierung des Admirals Koltschak einen Vorschuß von 2 Millionen Yen bewilligt.

Zum Metallarbeiterstreik.

Es wird wieder einmal Zeit, daß wir uns über die Ereignisse, die uns umflutten, für einen Augenblick erheben, um das richtige Maß zu finden für das, was die Welt in diesem Augenblick erregt, und für das, was uns bevorsteht. Der Streikbazillus hat sich heute der empfänglichen Massen der bedeutendsten Kulturvölker in einem Umfange bemächtigt, der auf den ersten Blick beängstigen muß. Uns Deutschen ist Wort und Begriff ja längst so geläufig geworden und in den alltäglichen Sprachgebrauch übergegangen, daß kein Klang die gespenstische Eigentümlichkeit von einst längst verloren hat. Aber die Völker unserer Feinde sind noch nicht daran gewöhnt; die Streiks, die sie bisher erlebten, haben zwar leichte Beunruhigung und kurze Korridorbesprechungen der zuständigen Staatsmänner hervorgerufen, aber sie haben noch nicht aus Lebensnerv gegriffen. Das, was Deutschland in dieser Beziehung schon durchgemacht hat, tritt erst jetzt an England heran: der allgemeine Verkehrsstreik läßt den Herzschlag der Nation stocken, solange die Londoner Regierung nicht Mittel findet, den Kreislauf notdürftig aufrechtzuerhalten. Die Entscheidungen, die die damaligen und jetzigen Führer Deutschlands zu fällen hatten, um die Gefahr zu bezwingen, harren nun auch des Entschlusses der englischen und amerikanischen Minister — denn auch in Amerika dürften die Teilstreiks der letzten Wochen nur das Präludium zu allgemeinen Streiks der lebenswichtigsten Organisationen sein. Dieselben Entscheidungen und — dieselben Zugeständnisse, soweit die Streiks jenseits des Meeres wirtschaftliche Bewegungen sind. Und eine wirtschaftliche Bewegung ist der jetzt ausgebrochene englische Verkehrsstreik ebenso wie die Mehrzahl der bisherigen Streiks in den Staaten der Alliierten.

Der Streik als wirtschaftliche Bewegung ist in einer mächtigen Wellenbewegung von Deutschland ausgegangen und hat nun in ganzer Breite die Länder jenseits der Meere erfaßt. Die Bewegung entstand bei uns als die natürliche und beinahe notwendige Folge der wirtschaftlichen Depression und des Hungers, der sich der Insassen der belagerten Festung bemächtigt hatte. Der Lohnstreik hat überall das erreicht, was er ursprünglich wollte und was ihm vernünftigerweise zugebilligt werden konnte: die Anpassung des Einkommens an die erheblich gesteigerten Erfordernisse des täglichen Lebens. Der politische Streik ist bekanntlich eine russische Erfindung, die sich im vergangenen Winter in Deutschland größter Beliebtheit erfreute, im allgemeinen jedoch nur da Erfolg gehabt hat, wo er sich mit Terror paarte und seinen entschlossenen Widerstand fand. Diese Welle ist in der flutenden Bewegung nach Westen hin im Rhein ertrunken: der große Versuch, Frankreich für den politischen Streik zu erobern, ist im Juni so kläglich gescheitert, daß die Freunde der zweiten und dritten Internationale ihr Tätigkeitsfeld in dieser Beziehung wieder hinter den Rhein zurückverlegt haben.

Sie arbeiten seitdem mit verdoppeltem Eifer in Deutschland.

Der Metallarbeiterstreik ist ihre letzte Schöpfung. Sie werden nicht müde zu bannen, daß die angebliche Bewegung in der Arbeiterschaft nichts mit der Politik zu tun habe. Sondern? Diese wirtschaftliche Bewegung ist sie? Ein Blick auf die Entstehung und die Organisation des Streiks genügt, um zu übergeben, daß keine Lüge offenkarer ist als diese. Erfahrung und gesunder Menschenverstand lehren, daß jeder Lohnkampf, ob er objektiv berechtigt ist oder nicht, in ganz anderer Weise losbricht als dieser Streik. Der Lohnkampf hat seinen Geburtsort in den Wohnungen und auf den Höfen der Arbeiterviertel, er flackert auf aus der Verzweiflung der Frauen und aus dem Hunger der Kinder, er wird zur Bewegung in den Fabriken und in spontan zusammengerufenen Volksversammlungen, er bricht wild und laut aus und tritt auf die Straße, weithin hallend und weithin sichtbar. Sieht so der Metallarbeiterstreik aus? Sehen so die Streiks aus, die in den letzten Monaten an Deutschlands letzter Kraft zehrten? Die Teilstreiks der Eisenbahner und die Verkehrsstreiks in Berlin und anderen großen Städten? Der Streik der Seeleute in den Hansastädten? Alle diese Streiks sind die Schulbeispiele für eine neue Spielart des politischen Streiks, für den Streik, der hinter dem grünen Tisch der Zentralstellen der radikalen Parteien Deutschlands entstanden ist. Auch der politische Streik in seiner ursprünglichen Form ist etwas, das aus dem Volke geboren ist und als elementare Regung Achtung und Beachtung abnötigt. Diese neue Art des politischen Streiks aber, der jetzt in der Form des Metallarbeiterstreiks uns entgegentritt, ist ein mit fabelhafter Routine und dem letzten Raffinement zusammengebauter Homunkulus, dessen Geburt die Betroffenen selbst, nämlich die Arbeiter, in Erstaunen setzte. Es ist bekannt, daß in keiner der Werkstätten, in denen jetzt „gestreikt", d. h. auf Befehl der neuen Fabrikjunker nicht gearbeitet wird, vor ein paar Wochen irgendeine Neigung zum Streik vorhanden war. Das Bedürfnis fehlte. Denn endlich sieht auch der gelernte Arbeiter ein, daß er gut bezahlt ist, seit er ebensoviel verdient als ein in jahrzehntelanger Arbeit ergrauter, akademisch gebildeter Beamter, und der ungelernte Arbeiter, der Straßenkehrer, der Müllkutscher und der Kohlenschipper, seit er mehr verdient, als der verheiratete Oberlehrer und junge Amtsrichter. Fett war da, Kartoffeln in Menge, Brot und zirzensische Spiele! Eine Lust zu leben! Da kommen die Abgesandten der von den Unabhängigen und Kommunisten in schöner Eintracht ausgehaltenen Streikzentralen, Berufsredner, wie der berüchtigte frühere Matrose Tost, im verflossenen Berliner Soldatenparlament im Abgeordnetenhause Führer der äußersten Linken, jetzt Führer im Metallarbeiterstreik, nächste Woche vielleicht Führer irgend eines anderen Streiks, wo man eine schnelle Zunge und einen kräftigen Ellenbogen braucht. Aber die endlich zufrieden gewordene Arbeitermasse ist nicht leicht zum Streik zu bringen — man muß

Anzeiger.

Münchener Brauhaus Actien-Gesellschaft, Berlin.

Gemäß Vertrag vom 30. September 1918 haben wir uns der **Münchener Brauhaus Actien-Gesellschaft** gegenüber verpflichtet, im Jahre 1919 **nom. M. 240000.— A-Aktien** gegen Zahlung von 135 % des Nennwertes zu erwerben. In der am 15. September d. J. stattgefundenen notariellen Auslosung wurden nachfolgende Nummern gezogen:

Nr. 18 50 70 138 188 271 397 401 422 462 610 670 683 1048 1080 1223 1228 1270 1312 1356.

Wir fordern die Eigentümer der oben genannten Aktien auf, in der Zeit **vom 1. Oktober bis spätestens 15. November 1919** bei **unserer Kasse** in **Berlin**, Französische Strasse 33 e, oder in **Dresden**, Waisenhausstrasse 20, diese Aktien nebst Erneuerungs- und Gewinnanteilscheinen ab 1. Oktober 1919 einzureichen und den Gegenwert von 135 % für je M 1200.— Nennwert der Aktien, also M 1620.— in bar in Empfang zu nehmen.

Der von der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1918/19 zu beschließende Gewinnanteil verbleibt dem bisherigen Eigentümer. (20462 a)

Berlin, im Sept. 1919.

Bank für Brau-Industrie.

Aktiengesellschaft für Rheinisch-Westfälische Cement-Industrie, Beckum.

Bei der heute stattgefundenen **Auslosung** von Obligationen unserer Gesellschaft sind die Nummern: 19 25 53 61 63 69 130 133 139 144 149 151 164 169 207 236 256 261 274 286 gezogen worden.

Die Einlösung erfolgt **ab 2. Januar 1920** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.** in **Köln** und **Düsseldorf**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft** in **Berlin** und bei der **Gesellschaftskasse** in **Beckum.** (20472 a)

Beckum, 25. September 1919.

Der Vorstand.

Düsseldorfer Maschinenbau-Actiengesellschaft vorm. J. Losenhausen, Düsseldorf-Grafenberg.

Herr **R. F. Jos. Losenhausen** ist durch Tod aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Zum ersten Vorsitzenden des **Aufsichtsrates** wurde Herr Generaldirektor Baurat **E. Lechner, Köln-Bayenthal**, zum stellv. Vorsitzenden Herr Justizrat **Oskar Bloem, Düsseldorf**, gewählt

Der Vorstand:
Schenck. Arnst.
(20370 a)

Nachdem die unterzeichnete Gesellschaft aufgelöst worden ist, werden die Gläubiger derselben hiermit aufgefordert, sich bei der Gesellschaft zu melden. (20381-20)

Berlin, 25. Septbr. 1919.

Societäts-Film-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Siegmund de Jong.

Die Gesellschaft ist mit dem 1. September 1919 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Sorau N.-L., 26. Sept. 1919.

Rauert & Pittius, G. m. b. H. i. Liqu.
Robert Rauert.
(20361 a-20a)